

gung der übrigen Stadt sofort unangenehm auf. Ein längerer Aufenthalt J a h r e s b e r i c h t gewisse Angewöhnung an

über das Geschäftsjahr 1947, erstattet von Minister H. Flückiger, Schweizerischer Gesandter bei der U.d.S.S.R. in Moskau.

Kirchen. Man gewöhnt sich aber nicht an den unsäglichen Schmutz auf Nebenstrassen und Böden, ein Zustand, der den einfachsten Anforderungen der Hygiene spottet, nicht an die gesundheitsschädlichen. Ich habe über die ersten Eindrücke, die ich aus meiner Tätigkeit als Schweizerischer Gesandter bei der U.d.S.S.R. seit meiner Ankunft in Moskau am 20. August 1946 gewonnen hatte, am 27. September 1946 eingehend berichtet. Ich tat es, mit Rücksicht auf die kurze Zeit meiner Anwesenheit in der russischen Hauptstadt mit allem Vorbehalt und nahm mir bereits damals vor, meine ersten Feststellungen später, gestützt auf länger dauernde Erfahrungen und sachdienliche Studien zu ergänzen und wenn notwendig, zu korrigieren. Dieser Zeitpunkt dürfte nun gekommen sein. Am besten glaube ich, meiner Aufgabe, über das abgelaufene Jahr zu berichten, gerecht zu werden, wenn ich nicht eine chronologische Folge von nennenswerten Ereignissen und Vorkommnissen gebe, über die ich übrigens mit besondern Meldungen orientierte, sondern vielmehr die heutige Situation in ihren Hauptpunkten festhalte. Erlebnisse und Erfahrungen sollen aufgeführt werden, soweit sie Schlussfolgerungen dieses Berichtes zu beleuchten vermögen.

I. Allgemeiner Eindruck von Moskau.

Jeder Besucher der russischen Metropole, der an das Aussehen westeuropäischer Städte der Vorkriegszeit gewöhnt ist und dasselbe zur Vergleichsbasis nimmt, kann sich bei seiner ersten Kontaktnahme eines Gefühls der Befremdung und Enttäuschung nicht erwehren. Neben einigen Monumentalbauten der neuern Zeit, über deren Stylreinheit und Zweckdienlichkeit sich streiten liesse, wirklich grossangelegten Brücken über die Moskwa und überdimensionierten Hauptstrassen mit verhältnismässig gutem Unterhalt fällt die unbeschreibliche Vernachlässi-

gung der übrigen Stadt sofort unangenehm auf. Ein längerer Aufenthalt in Moskau vermittelt eine gewisse Angewöhnung an die in unmöglichem Zustand sich befindenden Nebenstrassen, den Verfall der alten Kaufmannspalais, die früher einmal einen prachtvollen Anblick boten, und die vielen, dem Einsturze nahen Kirchen. Man gewöhnt sich aber nicht an den unsäglichen Schmutz auf Nebenstrassen und Höfen, ein Zustand, der den einfachsten Anforderungen der Hygiene spottet, nicht an die gesundheits-schädlichen, als Wohngelegenheit für ganze Familien dienenden Kellerräume und empört sich immer wieder über die mangelnde Vorsorge für das Volk, das stundenlang Schlange stehen muss, um sein mehr wie bescheidenes tägliches Brot zu erhalten. Ich suchte diese Mängel in meinem ersten Berichte zu begründen. Sie sind sicher zum Teil die Folge der seit mehr wie dreissig Jahren in Russland mit kurzen Unterbrechungen dauernden Unruhen und Kriegshandlungen, die andere Aufgaben als den Städteausbau als vordringlich erscheinen liessen. Die rasche Bevölkerungszunahme verschärft das Problem der genügenden Ausstattung der Siedlung mit zweckdienlichen Wohnungen; eine für unsere Verhältnisse undenkbare Genügsamkeit der Siedler liess das langsame Tempo in der erforderlichen Versorgung mit Unterkunfts-räumen ohne besondere Schwierigkeiten zu. Grosse Stadtteile, die zum Teil heute noch aus kleinen Holzhäusern bestehen, müssen, um die organische Entwicklung der Stadt Moskau zu sichern, abgebrochen und durch Hochhäuser ersetzt werden. Dieser Umstand mag mit dazu beitragen, dass grössere Unterhaltsarbeiten nicht beabsichtigt sind. Aber immer wieder drängt sich die Frage auf, ob das Gemeinwesen, in dessen Eigentum sich ausnahmslos alle Liegenschaften im Weichbild der Millionenstadt befinden, in der Lage ist, Planung, Bau und Unterhalt des Grundbesitzes so zu meistern, dass dem Bewohner eine menschenwürdige Unterkunft gesichert ist. Mit andern Worten: Kann die Gemeinwirtschaft diese Aufgabe ebenso zufriedenstellend oder besser lösen als die Privatwirtschaft? Diese Frage muss heute hauptsächlich aus zwei Gründen verneint werden. Auch wenn man die prekären Verhältnisse, mit denen die Sowjets sich infolge der

stände zu beheben. Die staatlich gelenkte Wirtschaft, die alles beherrscht und planen sollte, versagt offensichtlich an der zu

durch die Verhältnisse (Unruhen und Krieg) bedingten Mangelercheinungen auseinanderzusetzen haben, in Rechnung stellt, so konstatiert man doch tagtäglich das Versagen der reinen Planwirtschaft. Die staatliche Lenkung erfasst wohl die Produktion in ihren grossen Linien, sie versagt aber offensichtlich in den Fragen der Rentabilität, der Qualitätsgestaltung und der Verteilung. Die Klagen über diese Mängel mit scharfen Kritiken gegenüber leitenden Persönlichkeiten häufen sich in der gelenkten russischen Presse gerade in letzter Zeit auffällig. Wenn ein Teil des immensen Produktionsplanes der 5-Jahresspanne versagt, so wirkt sich dieser Fehler augenblicklich auf andern Gebieten aus. Bei der Schwerfälligkeit der Produktionslenkung und dem nicht vermeidbaren grossen Zeitbedarf für die Anbringung der notwendigen Korrekturen wirken sich solche Mängel katastrophal aus. Beispiel: An der Gorki-Strasse, der Hauptverkehrsader von Moskau (frühere Twerstrasse) ist in einer Entfernung von ca. 500 m vom Kreml ein Nebenflügel des Hauptverwaltungsgebäudes des Städtischen Sowjets im Bau. Das Gebäude wird, wie fast alle grossen Bauten, in Backsteinen aufgeführt. Es mag eine Grundfläche von 40 mal 15 m besitzen. Am 20. August 1946 war der Bau bis zum 1. Stock vorgerückt, heute, im Januar 1948 arbeitet man am 6. und letzten Stock. Dabei ist natürlich von einem Innenausbau noch nichts zu sehen. Daneben liegt, unmittelbar neben der Hauptpost, ein grosser baureifer Platz, auf dem Gerüste und alte Baumaschinen seit mehr wie einem Jahr den Witterungseinflüssen preisgegeben lagern, ohnedass sich scheinbar jemand darum kümmert. Grosse Rohbauten in halbfertigem Zustande, ohne irgend welchen Schutz gegen Schäden, notdürftig gegen die Strasse abgeschränkt, warten in allen Stadtteilen seit Monaten auf ihre Fertigstellung. Und dabei ist die Beschaffung jedes nur irgendwie nutzbaren Raumes dringendste Notwendigkeit. Der Grund zu dieser Schlamperei, die bei den kläglichen Wohnverhältnissen in Moskau direkt vernichtend wirken muss, liegt im Versagen der Baumaterialbeschaffung durch den 5-Jahresplan. Die Privatwirtschaft würde Mittel und Wege suchen und sicher auch finden, um solche unverantwortliche Zustände zu beheben. Die staatlich gelenkte Wirtschaft, die alles beherrscht und planen sollte, versagt offensichtlich an der zu

grossen Aufgabe. Dazu kommt die Unterbindung jeder privaten Initiative als Prinzip des Systems, und als weitere Folge die Desinteressierung des Bürgers an allen Aufgaben, die nicht direkt mit seinem kleinen Angestelltenauftrag zusammenhängen.

Als zweiten Hauptgrund, warum die staatliche Lenkung gegenüber der privaten Initiative versagen muss, möchte ich nachstehende Tatsachen auführen. Jeder Moskauer ist Mieter. Seine Wohnung wird ihm angewiesen, ohne dass er gemäss seinen Wünschen wählen könnte. Seine Ansprüche muss er auf ein Minimum beschränken. Anspruch auf Wohnungen, die in Grösse und Ausstattung diese Bezeichnung verdienen, haben nur die Vertreter der höheren "Kategorien". (Von Klassen darf prinzipiell niemand sprechen.) Es sind dies hohe Offiziere, höhere Staatsbeamte, Künstler und Wissenschaftler. Damit erlischt auch jedes Interesse des Bewohners am Unterhalt des Gebäudes, in dem er wohnt, und an dessen Reinhaltung. Es ist ganz einfach nicht zu beschreiben, in welchem Zustande der Verwahrlosung sich Hauseingänge, Gartenumfriedungen, Abschlussstore, Hausfaçaden, Abflussrohre usw. der Grosszahl der Wohnhäuser befinden. Wenn die Verlotterung des Hausbesitzes, wie sie sich heute als notwendige Folge der Trennung zwischen Objekt und privatem Interesse für dessen Erhaltung zeigt, weiter fortschreitet, so kommt in nicht allzu ferner Zeit der Moment, wo das Gemeinwesen die primitivsten Ansprüche der Bürger nicht erfüllen kann und vor einer äusserst schwierigen Situation steht.

II. Theater und Konzerte.

Nach wie vor nimmt das Kunstleben seinen bedeutenden Platz ein zur Befriedigung der kulturellen Bedürfnisse des Volkes. Meine ersten Eindrücke, dass der Russe dem Theater eine aussergewöhnliche Sympathie entgegenbringe, haben sich bewahrheitet und vertieft. Die grossen Orchester- und Vokalkonzerte sind von erlesener Güte. Leider scheinen vor allem die grossen Theater einer tendenziösen Programmgestaltung je länger desto mehr zum Opfer zu fallen. Wenn im Winter 1946/47 noch sehr oft westeuropäische Komponisten zu hören waren, so hat dies im Winter

1947/48 grundlegend geändert. Dem Prinzip, dass die Kunst international sei, wurde scharfer Kampf angesagt. In der Presse wurden die verantwortlichen Leiter der Theater, die sich dem Wunsche der Politiker auf Propagierung einheimischen Kunstschaffens mit gleichzeitiger Ablehnung ausländischer Werke nicht vorbehaltlos unterwarfen, scharf kritisiert und ihnen Massregelungen angedroht. Ziemlich unvermittelt, von einem Tag zum andern, haben sich Theater und Konzertlokale zu Propagandastätten für slawisches Gedankengut und russische Musik verwandelt.

Die Kinos waren von jeher zur Hauptsache in den Dienst der Propaganda, insbesondere des Fünfjahresplanes, gestellt. Mit viel Tabellen und Zahlenmaterial wurden dem Zuschauer die Erfolge bolschewistischer Wirtschaftslenkung vor demonstriert. Das Beiprogramm, irgend ein verfilmtes Tendenzstück, ist in der Regel nicht von grossem Wert. Dem Publikum wird natürlich nur gezeigt, was zur Verherrlichung der eigenen und zur Lächerlichmachung oder Diffamierung fremder, d.h. kapitalistischer Institutionen dienen kann. Die Filmzensur wird mit äusserster Schärfe durchgeführt; Filme ausländischer Provenienz, mit Ausnahme vielleicht von solchen aus gleichgeschalteten Balkanstaaten, finden keine Gnade bei den Zensoren.

Die Kirche war seinerzeit neben dem Zarismus mit ein Angriffsobjekt der Revolution, da bekanntlich der Zar Oberhaupt der Kirche war und in ihr vor allem auf dem Lande eine starke Stütze hatte. Fast überall wurde der Kampf gegen das herrschende System mit dem Angriff auf die Kirche eröffnet; die Popen wurden gefangen gesetzt oder sonstwie beseitigt, die Gotteshäuser wurden geplündert, die Kirchenglocken entfernt. Die leeren Räume der entweihten Kirchen dienen auch heute noch als Kinos, als Garagen oder auch zu Stallungen. Zu Beginn der Revolution hatte die sogenannte Gottlosenbewegung viele Anhänger und war die Schrittmacherin der bolschewistischen Idee besonders auf dem Lande, wo das Volk den Kirchenschändungen zum Teil mit gemischten Gefühlen zusah. Aus taktischen Gründen

haben die russischen Gewalthaber den Kampf gegen die Kirche abgebrochen im Zeitpunkte, da die Revolution gesichert schien. Stalin hat sich verschiedentlich an Parteikongressen über den Mut der Revolutionäre, ihre Kraft und revolutionäre Ueberzeugungstreue im Herunterholen von Kirchenglocken zu betätigen, lustig gemacht. An sich sind die Grundsätze der früheren griechisch-katholischen Staatskirche mit denjenigen des Bolschewismus unvereinbar. Bei der heutigen Machtfülle der bolschewistischen Partei kann sie es sich leisten, dem in weiten Kreisen, vor allem bei alten Leuten, heute noch vorhandenen mystisch-kirchlichen Empfinden entgegen zu kommen und eine vom Staate getrennte auf private Mittel angewiesene Kirche zu dulden. Sie lebt denn auch wirklich ein Schattendasein. In Moskau sind von den früher über 700 Gotteshäusern nur deren einige wenige geöffnet, die allerdings zu kirchlichen Festzeiten stark besucht sind. Da der Kirchenschatz in den Revolutionsjahren säkularisiert oder sonstwie der Kirche entfremdet wurde und eine staatliche Hilfe nicht besteht, so stehen die Kirche und ihre Funktionäre heute mittellos da und sind auf freiwillige Gaben einer Anhängerschaft angewiesen, die fast ausnahmslos selbst nur das zum Leben Unentbehrliche besitzt.

Eine intensive Schulung der Jugend im Geiste des Bolschewismus sorgt dafür, dass der Kirche keine neuen Anhänger erwachsen. Ohne eine fundamentale Umwälzung in der Konzeption der Staatsidee muss die Kirche in Russland notwendigerweise verschwinden oder zum mindesten jede Bedeutung einbüßen. Dies dürfte auch die Auffassung der heutigen Machthaber sein, die in der Kirche keine Gefahr mehr erblicken und deshalb die Gottlosenbewegung abgeblasen haben. In den Stadtplänen von Moskau ist eine frühere Kirche als Gottlosenmuseum bezeichnet. Wiederholte Versuche, dasselbe zu besuchen, schlugen fehl. Ich musste aus den erhaltenen Antworten schliessen, dass es dem Publikum nicht mehr gezeigt wird. Es wäre aber falsch, aus diesem Frieden zwischen Staat und Kirche weitergehende Schlüsse ziehen zu wollen. Die Kirche ist und bleibt der Feind des bolschewistischen Staates. Wenn der Streit heute ruht, so liegt der Grund darin,

dass die Kirche in ihrer dermaligen Verfassung dem Staate ungefährlich ist und die Staatsleiter aus taktischen Gründen es sich gestatten dürfen, noch vorhandene Sympathien des Volkes zur Kirche zu schonen. Die ablehnende Grundeinstellung der bolschewistischen Machthaber gegenüber der Kirche hat aber nicht geändert, der Vernichtungskampf würde neu aufflammen, wenn es ihr gelingen sollte, die schwache Position zu verstärken.

III. Fürsorge für Alte und Gebrechliche.

Jedem Kirchenbesucher muss die grosse Zahl von Verstümmelten und alten Bettlern beiderlei Geschlechtes auffallen, die immer die Kircheneingänge belagern und milde Gaben heischen. Auch in der Stadt mehren sich in letzter Zeit die Kriegsinvaliden und sonstwie arbeitsunfähigen Personen, die scheinbar vom Bettel ihr Leben fristen. Auffälligerweise bekümmert sich die zahlreiche Polizei in keiner Weise um diese Leute.

Die Fürsorge, die man gemäss den gesetzlichen Bestimmungen den Alten und Invaliden angedeihen lassen sollte, scheint in keiner Weise zu genügen. Ersparnisse kann ein landwirtschaftlicher oder Industrie-Arbeiter bei der heutigen Entlohnung und den Lebenskosten, mit denen er als Minimum rechnen muss, keine machen. Für den Fall der Arbeitsunfähigkeit infolge Alters und Invalidität wird ihm eine Pension ausgerichtet, die aber nicht hinreicht, um die bescheidensten Existenzbedingungen zu erfüllen. So sieht er sich gezwungen, auf irgend eine Weise sich weitere Mittel zu beschaffen; daher, vor allem im Winter, die Zunahme des Strassenbettels.

Für den arbeitsfähigen Bürger liegen die Verhältnisse günstiger. Er hat Anspruch auf Ferien und verbringt dieselben in Landsitzen, die man in der Revolution den damaligen Eigentümern abgenommen und zum Teil zu Erholungsheimen umgewandelt hat. Immerhin haben nur gewisse Kategorien Arbeiter

Anrecht auf diese Vorzugsstellung; bei der Auswahl der Anwärter scheint die Parteikartothek die ausschlaggebende Rolle zu spielen. Allgemein ist zu sagen, dass der gesunde, arbeitsfähige und nicht mit Hemmungen der Rücksichtnahme gegen den Schwächern beschwerte Russe sich im Existenzkampf am besten durchsetzt und dass andererseits für den Hilfsbedürftigen wenig Verständnis und sozusagen keine tatsächliche Unterstützung zu finden ist. Zwischen der Theorie, wie sie das Gemeinwesen propagandistisch vertritt und wie sie ab und zu auch bei uns als Idealzustand gepriesen wird, und den Tatsachen klafft eine grosse Lücke. In Zeiten grosser Not, wie das letzte Jahr infolge der Fehlernte sie brachte, werden die Verhältnisse in gewissen Gegenden des Landes direkt unerträglich.

IV. Jugenderziehung und Schulung.

Ueber das ganze Gebiet der Jugenderziehung habe ich Ihnen im Laufe des Jahres eine eingehende Studie zugehen lassen. Soweit man von Moskau aus urteilen kann, dürfte die Abteilung Erziehung eines der bestgeleiteten Departemente der russischen Staatsverwaltung sein. Die Erfolge sind offensichtlich, wenn man auch die Erwartungen mit Rücksicht auf die wenig lange Dauer der Arbeit nicht zu hoch spannen darf. Wir dürfen nicht vergessen, dass bis zur Revolution grosse Kreise der russischen Bevölkerung überhaupt keine Schulbildung genossen. Auch heute gibt es noch viele Analphabeten, doch verringert sich deren Zahl in grossem Umfange. Ein grosser Mangel ist das Fehlen einer genügenden Zahl von geeigneten Lehrkräften.

Die körperliche Erziehung der jungen Leute beiderlei Geschlechtes ist ganz den militärischen Anforderungen angepasst und entspricht weitgehend dem Programm unseres Vorunterrichtes. Die Instruktion in militärischen Belangen auch für Mädchen (wie z.B. Nachrichtendienst - Morse etc.) ist aber viel eingehender als das bei uns der Fall ist.

Die Hochschulen sind stark bevölkert. Sie sind vor allem Institute zur Parteischulung. Neben den Reife-Ausweisen ist zum Besuche der Hochschule vor allem notwendig eine absolut einwandfreie kommunistische Weltauffassung. Innerhalb der Hochschulen bestehen Spezialinstitute zur Ausbildung von Propagandisten für den Bolschewismus. Sie sind ausschliesslich für russische Studenten reserviert; einzig an einer Spezialabteilung der Hochschule Leningrad für Ausbildung von Propagandisten sollen Studentengruppen aus Satellitenländern, wie z.B. Rumänien, immatrikuliert sein.

V. Das Volk.

Ich habe in meinem Bericht vom 27. September 1946 das Volk geschildert, wie ich es in den ersten Tagen meines Aufenthaltes in Moskau kennen lernte und beurteilen konnte. Es fiel mir damals auf, wie das Strassenbild beherrscht wurde durch die vielen Orden tragenden gutgekleideten Offiziere, währenddem das grosse Publikum ärmlich, zerrissen und schmutzig aussah. Trotz des offensichtlichen Notstandes, in dem das Volk lebte, war es freundlich und zuvorkommend und schien mit seinem schweren Lose zufrieden zu sein. Ich glaubte, diese nicht selbstverständliche Einstellung zurückführen zu sollen auf eine fast mystisch zu nennende Verehrung der grossen Revolutionsführer Lenin und Stalin. Ich stellte mir damals die Frage, ob die vorbildlich geduldige, von Seelengrösse zeugende Haltung der gequälten russischen Frau zu erklären sei durch eine positive Würdigung der prekären Verhältnisse als vorübergehende Nachkriegerscheinung, als Fatalismus oder als Resignation.

Ich möchte heute zu all'den erstmals aufgeworfenen Fragen, nach einem intensiven Studium der Verhältnisse, neue Stellung beziehen.

Der Betrieb auf den Strassen im Stadtzentrum zu den Stosszeiten ist immer gleich gross und mannigfaltig. Dagegen

hat das äussere Aussehen sich stark verändert. Die Uniform beherrscht nicht mehr wie ehemals das Strassenbild. Die Zahl der Offiziere und Soldaten ist stark zurückgegangen. Die Uniform ohne Gradabzeichen und Waffengattungsmerkmale, wie sie von demobilisierten Soldaten in Ermangelung von Zivilkleidern mit behördlicher Bewilligung viel getragen wurde, ist heute fast vollständig verschwunden.

Verschwunden, und zwar fast restlos, sind die vielen Auszeichnungen, die früher die Brust so vieler Militär- und Zivilpersonen beiderlei Geschlechtes schmückten. Der Anreiz zum Tragen dieser Ehrenzeichen war in dem Momente dahin, als die mit ihnen verbundenen Vorteile, wie freie Trambenutzung, Vorzugsbehandlung beim Einkauf usw. aufgehoben wurden.

Die Kleidung der Bevölkerung hat seit einem Jahr eine ganz bedeutende Verbesserung erfahren. Frauen und Männer tragen heute recht gute Mäntel, zum Teil pelzgefüttert, während früher die wattierte Weste fast der einzige Witterschutz war. Man hat den Eindruck, dass diese Winterkleider, die in den wenigsten Fällen neu sind, zum grössten Teil aus dem Auslande stammen.

Das Schlagenstehen vor den Verkaufsgeschäften, besonders vor den Bäckereien, hat sich nicht geändert; seit der Aufhebung der Rationierung am 15. Dezember 1947 haben sich die Verhältnisse eher verschlimmert. Das Verteilungsproblem für die wenigen vorhandenen Lebensmittel ist keineswegs gelöst.

Das Verhältnis gegenüber dem Ausländer ist um eine Nuance kühler geworden und spiegelt die Einstellung der Behörden gegenüber einem Teil der Diplomaten wieder, die man schon eher als frostig bezeichnen darf. Es wäre verwunderlich, wenn nicht die täglichen Angriffe der Presse gegen Amerika und England, die mit den übrigen westeuropäischen und überseeischen Staaten unter dem Begriffe des Kapitalismus und

Faschismus diffamiert werden, ihre Auswirkung auf das Publikum hätten. Ausnahmen abgerechnet sind aber bis heute keine Zwischenfälle zu verzeichnen.

Die tiefe Verehrung, die das Volk für Lenin und Stalin hegt, kommt immer wieder zum Ausdruck. Man geht sicher nicht fehl, wenn man in Stalin den absoluten Beherrscher des grossen Russenreiches sieht. Solange er die Regierungsgewalt in der Hand hat, kann sich eine Opposition gegen ihn, auch wenn eine solche bestehen sollte, nicht Geltung verschaffen. Dass im übrigen, als Folge der herrschenden Not und unter dem Drucke einer alles beherrschenden Polizei das um seine ihm gemachten Versprechungen geprellte Volk ungeduldig wird, lässt sich aus verschiedenen Erscheinungen des täglichen Lebens un schwer ableiten. Der schwarze Markt nimmt zu, die Auseinandersetzungen mit den Polizeiorganen, die einschreiten, mehren sich. Wenn kleine Leute zu uns Vertrauen gefasst haben und zu sprechen anfangen, so beklagen sie sich in der Regel bitter über die unerfreulichen Verhältnisse, in denen zu leben sie gezwungen sind. Jede öffentliche Kundgebung würde aber von der überall in grosser Zahl anwesenden Polizei zusammengeknüppelt; vorher schon sind in allen Kreisen Spione und Angeber vertreten, die eine Bewegung im Keime ersticken würden. Aus Misstrauen offenbart sich der Bürger seinem Bekannten und Nachbarn nicht.

Dabei fällt immer wieder auf die Ruhe, mit der der Russe und insbesondere die russische Frau ihr schweres Los tragen. Acht Stunden Männerarbeit verrichten, sei es in der Fabrik oder als Handlanger bei Strassenarbeiten, hernach 1 - 2 Stunden in bitterer Kälte auf offener Strasse vor einer Bäckerei anstehen, um ein Stück Brot zu erhaschen und seine Freizeit in einer engen, hygienisch ungenügenden Behausung, die vielleicht einer vielköpfigen Familie als Wohnung dient, zuzubringen und dabei nicht zu klagen und nicht zu verzweifeln, braucht sicher eine aussergewöhnliche Veranlagung. Ich versuchte festzustellen, ob diese Erscheinung zu begründen sei mit dem Vertrauen, dass das herrschende Regime in kurzer Zeit eine

Besserung herbeiführe, oder ob es das fatalistische Sich-Abfinden mit etwas Unabänderlichem sei. Im Jahre 1946 stand das Volk unter dem frischen Eindrucke des grossen Sieges und des vor kurzem wiedergewonnenen Friedens. Es hatte die durch den Krieg notwendig gewordenen Einschränkungen noch in frischer Erinnerung und war offensichtlich geneigt, mitzuhelfen, die schwere Uebergangszeit mitzuertragen. Seither haben die äussern Verhältnisse nicht wesentlich geändert, wohl aber scheint mir die Mentalität nicht mehr die gleiche zu sein. Die Bekleidung ist für grosse Kreise der Bevölkerung besser geworden, Ernährungs- und Wohnlage dagegen haben keine wesentliche Besserung erfahren, und es dürfte eine solche noch längere Zeit auf sich warten lassen. Währenddem obere Kategorien des Volkes sich die Erleichterungen in weitgehendem Masse zu Nutze ziehen, ist für das Gros von einer Besserung des Standards nichts zu spüren. Eine zunehmende Entmutigung und Verbitterung in diesen Kreisen ist nicht zu verkennen. Sie nimmt allerdings nicht Formen an, die zu öffentlichen Kundgebungen führen würden. Aber man spürt das Unbehagen und hört auch ab und zu davon sprechen.

Man wird mit Recht feststellen, dass dieses Stillehalten mehr ein Ducken vor der Polizeigewalt, denn ein Zeichen des Durchhaltewillens, also alles andere, denn der Ausdruck einer demokratischen Gesinnung, von der so viel die Rede ist, sei. Ich muss zugeben, dass die Entwicklung mehr und mehr zum Polizeistaate führt. Was mir anfänglich als Charakterveranlagung erschien, hat sich nachher zum Teil als Resultat einer Polizeidressur herausgestellt. Das russische Volk ist von einer seltenen Gefügigkeit und Willfährigkeit gegenüber staatlichen Massnahmen.

Wenn man heute vom russischen Volke spricht, so muss man sich bewusst sein, dass man zwei grosse, wirtschaftlich auf ganz verschiedenen Grundflächen sich bewegende Gruppen der Staatsführung gehören in der Sowjet-Demokratie einer Führerauslese, die die Partei stellt. Die Partei rekrutiert

Kategorien von Staatsbürgern vor sich hat. Die Führergilde mit ihren Satelliten in Armee, Kunst und Wissenschaft rekrutiert sich ausschliesslich aus den Parteimitgliedern. Die Parteizuverlässigkeit ist erste Voraussetzung zum Erfolg. Der Erfolg zeigt sich vor allem im Ausbau und in der Festigung der wirtschaftlichen Basis der Nutzniesser. Dies tritt nach aussen in Erscheinung in ausgewählter Kleidung, insbesondere der Frauen, in bessern bis luxuriösen Wohnverhältnissen, entsprechenden Autos und nicht zuletzt in einem Nährzustande, der denjenigen des gewöhnlichen Sowjetbürgers merklich übertrifft. Diese Kategorie mag eine Gesamtsumme von ungefähr 5 % der Bevölkerung umfassen, wenn man die Selektion der zuverlässigen Anwärter einberechnet, die sich bereits in Hinsicht auf ihre künftige Stellung innerhalb der Parteiorganisation gewisser Privilegien erfreuen.

Das grosse Sowjetvolk, das zum kleinsten Teil der Parteiorganisation angehört, lebt in den allerbescheidensten Verhältnissen. An der Staatsführung hat es nur so viel Anteil, als es ⁱⁿ weiten Zwischenräumen aufgerufen wird, den Vertrauensmännern der Partei an einer gründlich vorbereiteten Urnenabstimmung zur Wahl zu verhelfen. Eine selbständige Wahlaktion ausserhalb der offiziellen Partei ist praktisch unmöglich. Der Gang zur Urne ist ein Pflichtgang wie der Gang zur Arbeit, der Wahlakt bei den meisten Wählern nicht mehr als der Beweis dafür, dass der Wahlpflicht Genüge geleistet wurde. Von einer freien Willensbildung und Ansichtsäusserung in politischen Fragen kann nicht gesprochen werden.

Man hat nicht den Eindruck, dass die grosse Masse des Volkes diese für unsere Auffassung unwürdigen Zustände empfindet. Das russische Volk hat sich in der Vergangenheit nie mit politischen Fragen beschäftigt. Dieses Vorrecht gehörte einer Gesellschaftsklasse, die heute restlos verschwunden ist. Sein Sinn geht nach Brot und Verdienst, die Aufgaben der Staatsführung gehören in der Sowjet-Demokratie einer Führerauslese, die die Partei stellt. Die Partei rekrutiert

sich aus den aktiven Gliedern des Volkes, insbesondere aus dem kommunistisch geschulten Nachwuchs. Sie beherrscht das Volk in absolut autoritärer Art.

1. Die Arbeit der Gesandtschaft.

A. Der Verkehr mit den russischen Behörden.

Die Kontaktnahme mit den russischen Behörden ist an sehr strenge Normen gebunden. Prinzipiell ist die Protokollabteilung des Aussenministeriums die Amtsstelle, an die sich die ausländische Vertretung zur Anbringung irgendwelcher Begehren zu wenden hat. Erst nach geraumer Zeit war es möglich, für gewisse Belange den langen und äusserst zeitraubenden Dienstweg abzukürzen. So haben wir jetzt die Möglichkeit, Handelsfragen direkt mit den zuständigen Dienstabteilungen des Ministeriums für Aussenhandel, Nachforschungs- und Repatriierungsangelegenheiten mit der westeuropäischen Abteilung des Aussenministeriums und Sport- und Kulturfragen mit "Woks", der Zentralstelle für Kulturangelegenheiten zu behandeln. Die Abwicklung der einzelnen Geschäfte ist äusserst mühsam. Auch der kleinste unbedeutendste Fall, die Bitte um irgend eine Auskunft, ja sogar in vielen Fällen das Gesuch um Gewährung einer Unterredung, müssen schriftlich unterbreitet werden. Die Funktionäre verfügen über keinerlei Kompetenzen. Eine Unterredung besteht in der Regel in der mündlichen Begründung einer bereits schriftlich unterbreiteten Darstellung, ohne dass eine Antwort oder auch nur eine Ansichtsäusserung erhältlich wäre. Die stereotype Antwort lautet, dass man die Frage prüfen und hernach die Antwort erteilen werde. Die russische Praxis, auf gestellte Begehren zu antworten, weist eine Eigentümlichkeit auf, an die man sich gewöhnen muss, um sie zu verstehen. Eine klare, abweisende Antwort ist eine grosse Ausnahme. Die russische Amtssprache zieht es vor, am Gegenstand vorbeizureden, wenn ein unmissverständliches Nein gemeint ist. Sie überlässt es dem Empfänger, aus den oft recht abwegigen Erläuterungen die sachdienlichen Schlüsse zu ziehen. In vielen Fällen ziehen es die Behörden vor, trotz Rechargen überhaupt keine Antwort zu erteilen. Dies ist nach unserer Auffassung eine Unkorrektheit, nach russischer Praxis

eine übliche Methode, einer unangenehmen Antwort auszuweichen.

Der Verkehr mit den russischen Amtsstellen hat sich während der ganzen Berichtsdauer in korrekter Art und freundschaftlicher Form abgewickelt. Vor unfreundlichen Reaktionen, wie sie heute gegenüber frühern Alliierten recht häufig vorkommen, blieben wir verschont. Es ist allerdings zu bemerken, dass ausfällige Aktionen die Folge waren von Differenzen politischer Natur. Die Gesandtschaft hatte keine solchen Fälle von Bedeutung zu behandeln.

B. Das Arbeitsgebiet.

a) Politische Fragen.

Von Bedeutung war vor allem die Stellungnahme des Schweizerischen Bundesrates zum sogenannten Marshall-Plan. Die russische Regierung wurde davon in einer eingehenden Note orientiert. Der Postenchef benutzte die Gelegenheit, anlässlich der persönlichen Ueberreichung der Note den Standpunkt seiner Regierung dem Vertreter des russischen Aussenministers mündlich eingehend auseinandersetzen. Diese Klarstellung und die betonte neutrale Einstellung der schweizerischen Behörden fanden den Beifall der Sowjetregierung. Wiederholte Bemühungen, das russische Desinteressement an internationalen Konferenzen, zu denen die Schweiz auftragsgemäss einladen oder zu deren Ermöglichung sie vermittelnd mitwirken wollte, zu beseitigen, hatten leider nicht den gewünschten Erfolg. Der Misserfolg ist zu suchen in den sich stetig verschlimmernden internationalen Beziehungen und in den sich mehr und mehr geltendmachenden Bestrebungen der Sowjetbehörden, ihre Beziehungen mit Westeuropa und Amerika abzubrechen oder zum mindesten auf ein Minimum einzuschränken. Es war meine stete Sorge, den absolut neutralen Standpunkt, den meine Landesregierung einnimmt, den zuständigen russischen Amtsstellen begreiflich zu machen. Ich konnte mit Genugtuung feststellen, dass trotz der gewitterhaften Atmosphäre, von der gegenwärtig die Beziehungen mit dem

Westen beherrscht werden, unsere unabhängige Stellungnahme ihre gerechte Würdigung findet. Ein einziger unfreundlicher Artikel in der Zeitschrift "Die neue Zeit", der seinerzeit in der Schweizer Presse mit Recht übel vermerkt wurde, fiel aus der Reihe. Er hat übrigens hier keine besondere Beachtung gefunden. Weitere Angriffe folgten nicht. Verschiedene kleine Meldungen in der Tagespresse liessen eher auf eine sympathische Einstellung gegenüber der Schweiz schliessen. Ich habe darüber laufend in den Presseberichten orientiert.

b) Fürsorgetätigkeit für Schweizerbürger.

Hier war zu unterscheiden vor allem zwischen Fürsorge für Leib und Leben einerseits und Wahrnehmung von wirtschaftlichen und vermögensrechtlichen Interessen andererseits. Die Intervention für Leib und Leben hatte natürlich das Primat.

Am 16. Juni 1945 hatte die russische Regierung die Verfügung erlassen, dass die Ausreise von im Hoheitsgebiet der Sowjetunion lebenden Schweizerbürgern untersagt sei. Es war dieser Ukas die Folge von in einem Teil der Schweizerpresse sich wiederholenden Behauptungen, die in der Schweiz internierten Russen würden schlecht behandelt. Auf Einladung des Chefs des Politischen Departementes kam dann eine russische Militärmission Ende Juli 1945 in die Schweiz, die in Zusammenarbeit mit einer Schweizer-Militärdelegation unter Führung des heutigen Berichterstatters die Verhältnisse überprüfte. Die Untersuchung ergab, dass die vorgebrachten Klagen masslos übertrieben waren und führte zur Unterzeichnung eines Schlussprotokolls, das die Aufhebung des Ukas vom 16. Juni 1945 und die Repatriierung der Russen in der Schweiz und der Schweizer in Russland zur Folge hatte. Einige Hundert Schweizerbürger wurden hierauf aus Russland über die Grenzstationen St. Valentin und Hof nach ihrer Heimat befördert, ca. 10500 heinkehrwillige Russen wurden nach der Sowjetunion

übergeführt. Als die Schweizerische Gesandtschaft am 20. August 1946 in Moskau installiert wurde, fand sie noch ungefähr 20 Landsleute vor, die in verschiedenen Orten des russischen Reiches domiziliert waren und nunmehr ihre Repatriierung anbegehrten. Es handelt sich hauptsächlich um alte Leute und Kinder, die entweder zur Zeit der allgemeinen Repatriierung im Herbst 1945 zur Ausreise sich nicht entschliessen konnten oder von der Heimschaffungsaktion nicht erfasst wurden. Die Heimschaffung wurde sofort in die Wege geleitet und durch Begehren an das Aussenministerium die Erteilung der notwendigen Ausreisevisa nachgesucht. Leider fanden unsere Bemühungen bei den Sowjetbehörden nicht das Entgegenkommen, das man nach all' der Hilfe, die wir seinerzeit den Russen bei Heimschaffung der Sowjetbürger zuteil werden liessen, billigerweise hätte erwarten dürfen. Es brauchte eine geraume Zeit und immerwährende Rechargen auf schriftlichem und mündlichem Wege, bis uns endlich nach Monaten der Bericht zukam, die Zentralbehörde sei zur Ausstellung des Ausreisevisums nicht kompetent, es sei dies Sache der örtlichen Polizeibehörden. In Erwartung dieser Antwort, wir hatten uns vorsorglicherweise bei anderen ausländischen Vertretungen um ihre Erfahrungen in der gleichen Frage bemüht, hatten wir unsere Landsleute, mit denen wir nach zum Teil mehrmaligen Versuchen auf dem Postwege endlich Kontakt aufnehmen konnten, angewiesen, Ausreisegesuche einzureichen. Unsere Schutzbefohlenen haben uns denn auch gemeldet, dass sie dies getan haben. Auch von hier aus haben wir das Menschenmögliche getan, um die Ausreise zu ermöglichen und zu beschleunigen, kannten wir doch aus den uns zugegangenen Schilderungen die grosse Notlage, in der sich die Gesuchsteller fast ausnahmslos befanden. Die Hilferufe der Angehörigen aus der Schweiz verstanden wir sehr gut und versuchten alles, was nur irgendwie Erfolg versprach, um zu helfen. Leider bis heute mit sehr mässigem Erfolg. Von einem einzigen Repatriierten, dem 75-jährigen Ing. Müller aus Karaganda, wissen wir, dass seine Freilassung das Resultat unserer Bemühungen ist; in einzelnen andern Fällen glauben Heimkehrer,

dass sie es unserer Intervention verdanken, dass man ihnen den Grenzübertritt gestattete. Die meisten Fälle sind noch in Behandlung. Ich kann der Versicherung des stellvertretenden Aussenministers, dass keine Schweizerbürger in Russland zurückgehalten werden und dass die Verzögerung nur auf administrative Schwierigkeiten zurückzuführen sei, keinen Glauben schenken. Trotzdem wir in allen Fällen die bestimmte Meldung haben, dass die Petenten die Gesuche um Visaerteilung mit den Begleitdokumenten eingereicht haben und sich periodisch um die Sache interessieren, trotzdem wir unsern Landsleuten Entwürfe von Gesuchen mit den nötigen Ausweispapieren zustellen und in jedem einzelnen Falle die Zentralbehörde in Moskau genau über die getroffenen Massnahmen orientierten, wird einfach die Sache nicht spruchreif. Wir können nichts anderes tun, als immer wieder vorstellig werden und die Petenten anweisen, das Gleiche zu tun. Die Absicht, General Vichorew, dem ich seinerzeit in der Schweiz bei der Lösung seiner Repatriierungsaufgabe sehr intensiv meine Hilfe angedeihen liess, zu meiner Unterstützung einzuschalten, ist misslungen. Man verunmöglichtes mir, mit ihm in Verbindung zu treten. Es entspricht der russischen Praxis, keine Ausreisevisen ins Ausland zu geben. (Auch Ausländer fallen unter dieses Verbot.) Ueber die Gründe, die zu dieser Verfügung führten, kann man nur mutmassen. Die russische Regierung will sich wahrscheinlich eine unangenehme Propaganda nach Möglichkeit ersparen. Der Vollständigkeit halber möchte ich beifügen, dass alle ausländischen Vertretungen, soweit sie nicht die der Sowjetunion nahestehenden Satellisten-Staaten vertreten, mit den gleichen Schwierigkeiten zu kämpfen haben wie wir. Ueber die konkreten Fälle orientiere ich das Politische Departement laufend, so dass ich es mir versagen darf, hier über Einzelheiten zu referieren.

Unsere Bemühungen für die Heimschaffung bleiben vorläufig auf solche Personen beschränkt, über deren ausschliessliche Heimatzugehörigkeit zur Schweiz kein Zweifel entweder im Zeitpunkt des Eintreffens in die Schweiz noch minderjährig waren oder nachweisbar zum Wehrdienst gezwungen wurden.

besteht. Jede Intervention für schweizerisch-russische Doppelbürger (Russinnen, die mit einem Schweizer oder Schweizerinnen, die mit einem Russen verheiratet sind) lehnen die russischen Behörden bestimmt ab. Ebenso fallen Personen, die neben dem Schweizerbürgerrecht ein anderes nichtrussisches Staatsbürgerrecht besitzen (es haben eine Anzahl Leute mit deutsch-schweizerischem Doppelbürgerrecht um unsere Fürsorge gebeten) nach russischer Auffassung nicht in unsern Geltungsbereich.

Nachforschungen.

Sehr viel Arbeit bedingten die Nachforschungen nach in Russland nachrichtenlos abwesenden Schweizerbürgern. Die russischen Behörden haben mit dieser Tätigkeit das Russische Rote Kreuz betraut, mit dem die Gesandtschaft in sozusagen täglichem Verkehr steht.

Gesucht werden von den Angehörigen in der Schweiz vor allem früher in Ostpreussen sesshaft gewesene Schweizerbürger, die im Zuge der Kriegereignisse von den einmarschierenden Russen nach Russland deportiert wurden oder die nachrichtenlos verschwunden sind und von denen man annehmen darf, dass sie sich in russischem Gewahrsam befinden. Ausserdem befanden sich im Baltikum und in Westrussland von jeher schweizerische Siedler, die während des Krieges die Verbindung mit der Schweiz nicht mehr aufrecht erhalten konnten und um deren Schicksal sich nunmehr ihre Verwandten interessieren. Die Zahl der Nachforschungen geht in die Hunderte. Auch hier lehnen die russischen Behörden die Intervention der Schweizerischen Gesandtschaft ab, wenn es sich um Doppelbürger handelt. Besonders delikater liegen die Verhältnisse für Schweizer, die in deutscher Wehrmachtsuniform in Gefangenschaft gerieten. Hier gehen die russischen Behörden von der Präsumpion aus, es handle sich um deutsche Staatsbürger. Beim Nachweis des schweizerischen Bürgerrechts können wir uns nur dann mit Aussicht auf Erfolg für unsere Mitbürger verwenden, wenn sie entweder im Zeitpunkte des Eintrittes in die Wehrmacht noch minderjährig waren oder nachweisbar zum Wehrdienst gezwungen wurden.

Das Resultat der Nachforschungen ist unbefriedigend. Es muss leider damit gerechnet werden, dass die Grosszahl der Verschollenen nicht mehr auffindbar sein wird, da sie wohl die ihnen zugemuteten Strapazen und Entbehrungen nicht ausgehalten hat. Man erhält auch den Eindruck, dass es den russischen Behörden wenig daran gelegen ist, Aufklärung zu schaffen, sei es dass die Nachforschungen zu kompliziert und zeitraubend sind, sei es aus Gründen der Geheimhaltung über die Verhältnisse, in denen die Gesuchten zu leben gezwungen waren. Die immerwährende Antwort auf unsere Anfragen, sogar wenn wir in der Lage sind, Lageradressen anzugeben, lautet, dass die zuständigen russischen Behörden keine Feststellungen über den Verbleib des Gesuchten machen könnten. Da uns jede Bewegungsfreiheit ausserhalb der Hauptstadt genommen und zudem der Zutritt zu Lagern für einen Ausländer unmöglich ist, so beschränkt sich unsere Tätigkeit auf den schriftlichen Verkehr.

Heimschaffungen.

Im Prinzip ist die Ausreise des Ausländers aus der Sowjetunion frei. Da aber für jeden Grenzübertritt ein Ausreisevisum notwendig ist, so kann eine Ausreise nur erfolgen mit der Zustimmung der Polizeiorgane. Zuständig zur Erteilung des Ausreisevisums ist die Polizeibehörde der Republik, in deren Raum der Wohnort des Gesuchstellers liegt. In der Praxis ergeben sich für die Erledigung der Heimschaffungsfälle ausserordentliche Schwierigkeiten. Das Gesuch um Heimschaffung muss an das Aussenministerium gerichtet werden, das sich mit der Regierung der zuständigen Sowjetrepublik in Verbindung setzt. Das Ausreisevisum muss aber vom Rückwanderer selbst beschafft werden und zwar durch Gesuch an die Polizeibehörde seines Wohnortes unter Beilage der Dokumente. Schon allein die Erledigung aller Formalitäten bedingt sehr viel Zeit. Dazu kommt, dass die Behörden bei der Behandlung der Gesuche äusserst zurückhaltend sind. Trotz vieler schriftlicher Eingaben und wiederholter Vorsprachen auf dem Aussenministerium ist die Heimschaffung

als Folge unserer Intervention nur in vereinzelten Fällen gelungen. Für die nächste Zeit sind uns weitere Entsprechungen in Aussicht gestellt.

Mit den gleichen Schwierigkeiten haben auch die übrigen ausländischen Vertretungen zu kämpfen. Die Gründe für das wenig entgegenkommende Verhalten der russischen Behörden sind nicht ohne weiteres ersichtlich. Allem Anschein nach wollen sie durch diese Ausreisesperre das Bekanntwerden der Verhältnisse in den Lagern und in Russland überhaupt nach Möglichkeit verhindern und damit einer unliebsamen Propaganda vorbeugen.

Unterstützungen.

Sobald die Organisation der Schweizerischen Gesandtschaft in Moskau bekannt wurde, meldeten sich eine Anzahl Landsleute mit der Bitte, ihnen eine Unterstützung zu verschaffen. Die Untersuchung, soweit sie überhaupt durchgeführt werden konnte, ergab die dringende Hilfsbedürftigkeit der Gesuchsteller. In verdankenswerter Weise übernahm die Zentralstelle für Auslandschweizerfragen die Leistungen in bar und in Naturalgaben. Leider ist die Kaufkraft des Rubels, auch bei Umwandlung des Frankens zum Diplomatenkurs, derart beschränkt, dass auch bei verhältnismässig grossen Aufwendungen der Nutzeffekt ein bescheidener bleibt. Wir sind deshalb, sobald die Postverbindungen wieder einigermaßen funktionierten, dazu übergegangen, unsern notleidenden Landsleuten Lebensmittel und Kleider zu schicken, vorläufig als Ergänzung zu den Barsendungen, später beim richtigen Funktionieren des Zustelldienstes als deren Ersatz gedacht. Bei gleichbleibenden Verhältnissen würde dieses Unterstützungssystem eine wesentliche Ersparnis und gleichzeitig eine viel wirksamere Unterstützung bedeuten. Immerhin bedarf die Frage der Zustellung noch einer genauen Abklärung. Ob eine Zusendung aus der Schweiz auf direktem Wege möglich ist, wird gegenwärtig neuerdings geprüft; frühere Erfahrungen konnten nicht befriedigen. Auch der Zustelldienst ab Moskau ist sehr kompliziert und nicht zuver-

lässig, obwohl seit einiger Zeit die Verhältnisse offensichtlich besser geworden sind.

Am schlimmsten ist wohl die Lage der Schweizer, die im frühern Ostpreussen, nun neu vom russischen Staate annektierten Gebiete, zurückgeblieben sind. Es betrifft dies die Gegend von Kaliningrad, früher Königsberg. Trotz allen Bemühungen ist es uns nicht gelungen, eine Reisemöglichkeit nach Riga und Kaliningrad zu erhalten, um, wie wir beabsichtigten, uns persönlich um das Schicksal unserer Landsleute zu kümmern. Leider ist auch die Postverbindung dorthin sehr unzuverlässig, so dass einmal aufgenommene Verbindungen des öfters wieder für längere Zeit abreißen und einen ständigen Verkehr sozusagen verunmöglichen. Zudem sind einzelne Adressaten, weil weit von Poststellen wohnhaft, schwer zu erreichen.

Entschädigungsfragen.

Bekanntlich fordern Schweizerbürger und juristische Personen an Russland aus Schäden, die ihnen seinerzeit aus der Revolution entstanden sind (Nationalisierung des Vermögens) eine Summe von über 1 1/2 Milliarden Schweizerfranken. Auftragsgemäss hat diese Gesandtschaft die Forderung geltend gemacht. Sie erhielt vom Aussenministerium die Antwort, dass gemäss gesetzlicher Verfügung für Revolutionsschäden, unter anderm auch Nationalisierungen, eine Haftpflicht des Staates nicht bestehe, mit andern Worten dass die Sowjetrepublik es ablehne, über diese Forderungsansprüche zu diskutieren oder sie anzuerkennen. Dem Aussenministerium wurde mitgeteilt, dass wir uns vorbehalten, auf die Angelegenheit zurückzukommen.

Während der letzten Kriegereignisse mussten viele unserer Landsleute ihren Wohnsitz in Ostpreussen fluchtartig verlassen. Andere blieben und erlebten die Vernichtung ihrer Habe. Ganz natürlich ergibt sich der Wunsch um Wiederinbesitznahme des verlassenen Eigentums oder um Entschädigung des erlittenen Schadens. Die Bemühungen der Gesandtschaft in dieser Hinsicht ergaben bis jetzt keine definitiven Abklärungen, wohl

aber lassen die gemachten Erfahrungen einige Schlüsse zu. Von den wenigen mit uns in Verbindung stehenden, im heute von den Russen besetzten oder annektierten Ostpreussen lebenden Schweizerbürgern sind Auskünfte nur insoweit erhältlich, als sie übereinstimmend melden, sie befinden sich in einer ausgesprochenen Notlage. Sie haben allem Anschein nach die grösste Mühe, sich das Allernotwendigste zum Lebensunterhalt zu beschaffen; sie sind dazu sicher fürs Erste auf unsere tatkräftige Hilfe angewiesen. Trotzdem man ihnen die Ausreise nicht ermöglicht, gelten sie als unerwünschte Ausländer und fristen ein wenig beneidenswertes Leben. Nach und nach verkaufen sie die ihnen verbliebenen wenigen Gegenstände des täglichen Bedarfes und hoffen immer auf die Möglichkeit, entweder doch noch mit unserer Unterstützung in die Schweiz reisen zu können oder einem Abtransporte von Deutschen nach Westpreussen angeschlossen zu werden. Jedenfalls ist keine Rede davon, dass sie in ihre früheren Eigentumsverhältnisse eingesetzt werden. Was die Eigentumsverhältnisse der geflüchteten Grundeigentümer betrifft, habe ich mich wiederholt in Noten und in persönlichen Konferenzen mit den zuständigen Herren des Aussenministeriums um die notwendigen Klarstellungen bemüht. Ich erhielt zuerst ausweichende Antworten, und als ich mit guter Begründung eine Beantwortung unmissverständlich gestellter Fragen unter Beifügung konkreter Beispiele verlangte, hat man sich einfach ausgeschwiegen. Diese Art, unbequeme Fragesteller kalt zu stellen, ist hier keine Ausnahme. Aus Berichten, die mir aus verschiedenen Quellen indirekt zukamen, muss ich schliessen, dass die Nationalisierung des Grundbesitzes und der Zusammenschluss kleinerer Güter zu Kolchosen nach sowjetrussischem Muster in Vorbereitung ist. Ich glaube, dass man heute eine Rückkehr der geflüchteten Schweizer in ihre Wahlheimat nicht empfehlen darf, zum mindesten nicht auf solange, als die Verhältnisse nicht abgeklärt sind.

c) Kulturelle Aufgaben.

Zu Beginn meiner Tätigkeit glaubte ich eine Hauptaufgabe, die Mitwirkung bei Schaffung korrekter und freundschaftlicher Beziehungen zwischen der Schweiz und der Sowjetunion am besten durch die Anknüpfung von Verbindungen zwischen wissenschaftlichen, künstlerischen und sportlichen Institutionen der beiden Länder zu erreichen. Von Seite der Schweiz war dafür ein grosses Interesse vorhanden und es besteht heute noch. Anfänglich schienen die Bemühungen bei "Woks", der Zentralstelle für Kulturfragen, auf Interesse zu stossen. Bald stellte ich aber eine sich immer verstärkende Zurückhaltung fest. Entweder erklärte man mir, dass die Einladungen zu internationalen wissenschaftlichen Kongressen, die von der Schweiz durch meine Vermittlung an die russischen Behörden gingen, wegen anderweitiger Inanspruchnahme nicht angenommen werden könnten oder es erfolgte auf den Wunsch, den Film "La dernière chance" hier laufen zu lassen, dessen Rückgabe nach der Zensur ohne irgendwelche Begründung. Nicht bessern Erfolg hatten verschiedene Bemühungen von schweizerischen Sportsverbänden, Verbindungen anzuknüpfen. Der Grund zu dieser Stellungnahme liegt in der sich immer mehr geltend machenden Tendenz, Sowjet-Russland von westeuropäischen Einflüssen und Ideen abzuschliessen. Es gilt auch für Wissenschaftler als Handlung wider das Staatsinteresse, mit westeuropäischen oder überseeischen wissenschaftlichen Instituten und ihren Vertretern Verbindung zu halten und Erfahrungen und Forschungsergebnisse auszutauschen. Diese Staatsmaxime wird immer wieder durch Ukase, Vorträge und die Presse verbreitet. Dass sie unter hiesigen Verhältnissen Erfolg haben muss, ist klar; persönlich musste ich mich davon überzeugen, dass wertvolle Verbindungen mit Mitgliedern der hiesigen Akademie ohne ersichtlichen Grund abrissen. Die Wissenschaft und deren Organisation sind hier so eng mit der politischen Ideologie verknüpft, dass vorläufig, so bedauerlich dies auch ist, dieser Weg zur gegenseitigen

Annäherung gesperrt ist. Ich werde nach wie vor versuchen, unter selbstverständlicher Wahrung einer würdigen Form, Anschluss zu suchen, mache mir aber über die Erfolgsmöglichkeiten keine falschen Hoffnungen.

d) Pressedienst.

Für den offiziellen Pressedienst ist hier von Staates wegen keine Vorsorge getroffen. Als hauptsächliche Quellen kommen die Tageszeitungen und Periodica in Frage, die alle nach genau festgelegten Grundlinien redigiert sind und zur Hauptsache auch den gleichen Stoff behandeln, ^{die Artikel} /sogar auch textlich übereinstimmend in verschiedenen Blättern erscheinen. Der Pressedienst nimmt denn auch bei den akkreditierten Vertretungen einen weniger grossen Raum ein als dies im Westen ganz allgemein üblich ist. Die ausländische Presse wird von hier aus durch Korrespondenten bedient, die unter strenger Kontrolle stehen. Ihre Meldungen sind recht oft die Weitergabe von nicht kontrollierbaren Gerüchten, so dass Meldungen aus Russland mit besonderer Vorsicht gelesen werden müssen. Zur Weitergabe von grössern Artikeln steht ihnen verschiedenorts der Kurierdienst zur Verfügung.

Bei mir hat sich im Laufe des Frühjahres 1947 ein gebürtiger Basler, namens Bamatter, als Korrespondent verschiedener Schweizerzeitungen gemeldet und mich um die Legitimierung seiner Person bei den hiesigen Behörden ersucht. Bamatter soll sich seinerzeit, wie er mir selbst erklärte, in der politischen Bewegung in der Schweiz betätigt haben, war nachher Frontkämpfer in den Reihen der Franco-Gegner in Spanien und kam vor 11 Jahren nach Moskau, wo er seinen Unterhalt als Buchhandlungsgehilfe verdient. Ich erklärte ihm, seinen Wunsch prüfen zu wollen und habe darüber auch mit der Presseabteilung des Politischen Departementes korrespondiert. Nach verschiedenen Besuchen auf dieser Gesandtschaft brach dann die Verbindung im Monat August just in dem Momente ab, da er mir einen versandbereiten Artikel über die Schweizeri-

sche Gesandtschaft mit Photos, übrigens in recht lesbarer Form, unterbreitet hatte. Der Aufsatz ist meines Wissens in der Schweiz nie publiziert worden. Ich vermute, dass man den Versand verhinderte und ihm auch nahe legte, weitere Besuche auf der Gesandtschaft zu unterlassen. Bamatter ist in der Menge untergetaucht, und ich habe bei den vorliegenden Verhältnissen keinen Anlass, nach ihm zu fahnden.

Herr Attaché Graf kontrolliert die russische Presse und das Radio und verfasst über seine Feststellungen periodische Berichte. Meldungen, die besonders wichtig erscheinen, werden telegraphisch weitergegeben. Seit längerer Zeit konnte vom Mittel der raschen Uebermittlung Umgang genommen werden, da keine die Schweiz direkt betreffenden Meldungen, die einen telegraphischen Bericht gerechtfertigt hätten, in der hiesigen Presse erschienen. Die Währungsänderung wurde sofort nach Bekanntwerden mit Telegramm gemeldet. Ich konnte im übrigen feststellen, dass sich die ausländischen Presseberichterstatte, die auch für die Schweizerzeitungen arbeiten, ihre Meldungen sehr speditiv verbreiten, so dass aus der Schweizerpresse ziemlich lückenlos der Nachrichtendienst aus Moskau in kurzer Zeit gelesen werden kann. Aufgabe dieser Gesandtschaft ist vor allem, die Nachrichten auf ihre Richtigkeit nachzuprüfen, soweit dies möglich ist, und notwendige Berichtigungen zuhanden des Politischen Departements anzubringen.

e) Handelsbeziehungen.

Als Grundlage der Handelsbeziehungen Schweiz-Sowjetunion war gedacht das Abkommen vom 24. Februar 1941. Dasselbe trat nicht in Kraft, weil seine Durchführung durch den kurz nach der Unterzeichnung ausbrechenden Krieg Deutschland-Sowjetunion verunmöglicht wurde. In der Zwischenzeit wurden sporadisch einige Geschäfte getätigt, wobei hauptsächlich die schweizerische Präzisionsmaschinenindustrie als Lieferant in Erscheinung trat. Mit der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen der Schweiz und der

Sowjetunion stellte sich auch sofort die Frage, wie die künftigen Handelsbeziehungen geregelt werden sollten. Für beide Parteien war die Angelegenheit aber nicht vordringlich. Ein Handelsvertrag hat eine gewisse Liefermöglichkeit und Lieferbereitschaft als selbstverständliche Voraussetzung. Für die Schweiz kommen Industrieprodukte als Ausfuhrartikel in Frage. Im Frühjahr 1946 und auch seither waren aber die hauptsächlichsten Teile unserer Industrie derart mit Arbeit und Aufträgen eingedeckt, dass keine neuen Bestellungen von grösserem Umfange hätten verbucht werden können ohne Ausbedingung übergrosser Lieferfristen. Davon hat sich der Unterzeichnete durch Fühlungnahme mit den Verbänden vor seiner Abreise nach Moskau persönlich vergewissert. Es entsprach deshalb durchaus der Auffassung des Postenchefs, als ihm von der Handelsabteilung des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartementes als Wegleitung in seinen neuen Funktionen der bestimmte Wunsch mitgegeben wurde, er möchte in Besprechungen mit Organen der russischen Aussenhandelsabteilung die Frage eines abzuschliessenden Handelsabkommens mit grosser Vorsicht behandeln und nicht etwa eine frühzeitige Inangriffnahme dieser Materie provozieren.

Andererseits konnte ich feststellen, dass es das Bestreben der Sowjetregierung war, vor allem die Handelsbeziehungen in dem sich abzeichnenden slawischen Ring zu ordnen. Die Handelsdelegationen der Balkanstaaten und der Tschechoslowakei und Polens erschienen in fast ununterbrochener Reihe zu langen Verhandlungen in Moskau. Die angefangenen Verhandlungen mit den Nordstaaten und England mussten ebenfalls zu Ende gebracht werden. Da wohl auch Russland, nach den Reflexen eines in der ausländischen Presse erschienenen Versuchsballons darüber im klaren sein musste, dass mit der Schweiz in der Hauptsache nur auf der Grundlage eines Austausch- und nicht eines Kreditabkommens zu verhandeln sei, wurde der Wunsch um Einleitung von Verhandlungen erst im Spätsommer 1947 durch die russische Gesandtschaft in Bern dem Schweizerischen Bundesrate zur Kenntnis gebracht. Die Gesandtschaft

in Bern dürfte ihrer Regierung in Moskau den schweizerischen Standpunkt, den sie unschwer feststellen konnte, mitgeteilt haben.

Die Schweiz befindet sich sicher heute in einer taktisch sehr günstigen Position. Trotzdem wird sich die Delegation, die nächster Tage zu den Verhandlungen hier eintrifft, auf langwierige und hartnäckige Konferenzen gefasst machen müssen. Es ist müssig, sich über deren Ausgang Suppositionen hinzugeben. Der Postenchef wird alles tun, um ihre Aufgabe zu erleichtern und soweit dies dienen kann, ihr seine bisherigen Erfahrungen und die daraus folgenden Ueberlegungen mitteilen.

Dass man sich in schweizerischen Handels- und Industriekreisen in zunehmendem Masse für den Markt Russland interessiert, geht aus den vielen Anfragen und Bitten um Auskunfterteilung verschiedenster Art hervor, die der Gesandtschaft zugehen. Es scheint, dass man in weiten Kreisen mit einem Zurückgehen der gegenwärtigen Konjunktur rechnet und sich deshalb vorsorglich nach neuen Möglichkeiten umsieht. Es ist zweifellos, dass die gegenseitigen Handelsbeziehungen stark ausgebaut werden können. Die natürlichen Voraussetzungen dazu sind in grossem Ausmasse vorhanden: auf der einen Seite Russland mit seiner Fülle von Naturprodukten, für die die Schweiz Bedarf hat, und andererseits die schweizerischen Qualitätsprodukte der Industrie, an denen Russland heute Mangel leidet. Aber der Aufbau der gegenseitigen Handelsbeziehungen ist eine Aktion auf lange Sicht. Der Handel der Schweiz mit Russland fiel zahlenmässig nie stark ins Gewicht; die Produkte, die wir liefern wollen, müssen zuerst eingeführt und bekannt gemacht werden. Infolge der autarken Einstellung der Sowjetunion sind scharfe Hemmungen handelspolitischer Natur zu erwarten. Wenn auch die Aussenhandelspreise der U.d.S.S.R. von der Inlandpreisgestaltung vollständig unabhängig gehandhabt werden, so dürften sie doch in vielen Fällen infolge ihrer Ueberhöhung gegenüber

dem Weltmarktpreis einem Vertragsabschluss hinderlich sein. Enttäuschungen werden sicher gerade zu Beginn der gegenseitigen Handelsbeziehungen nicht ausbleiben, aber es wäre falsch, sich von ihnen entmutigen oder abschrecken zu lassen. Unter der Voraussetzung, dass sich die heutigen Differenzen zwischen der U.d.S.S.R. und den Westmächten ohne tiefgreifende Erschütterungen beilegen lassen, wird sicher einmal der Kontinent Russland zu einem Grossabnehmer der Produkte unserer Arbeit. Dazu braucht es ein grosses Mass an Geduld und die Wahrung der vollen Unabhängigkeit, sowohl gegen die U.d.S.S.R. als gegen ihre Widersacher.

f) Erziehungsfragen.

Darüber habe ich in einem Spezialbericht eingehend Bericht erstattet. Man gewinnt bei andauernder Prüfung der Verhältnisse immer mehr die Ueberzeugung, dass sich die U.d.S.S.R. mit sehr viel Einsatz und Erfolg um die Erziehung der Jugend bemüht und dass die Abteilung Erziehung wohl eine der bestgeleiteten im russischen Staatsapparat ist. Allerdings reichen meine Beobachtungen nicht über die grossen Städte Moskau und Leningrad hinaus, und es dürfte der Mangel an geeigneten Lehrkräften in abgelegenen Gegenden die Durchführung des Lehrprogramms stark behindern. Da aber die Schule zugleich der wirksamste politische Propagandaapparat darstellt, hat die Partei, die die Staatsgeschäfte führt, alles Interesse, ihrer Doktrin auf diesem Wege Verbreitung und Nachachtung zu verschaffen. Der Lehrkörper, von der Hochschule bis zu den Kleinkindergärten, gehört entweder der Partei an oder ist ihr vorbehaltlos hörig. Die Auswahl der Schüler, die zur Ausbildung an höhern Lehranstalten in Frage kommen, erfolgen nach der Eignung, über die sie sich ausgewiesen haben. Die Studenten erhalten eine Entschädigung, die ihnen eine bescheidene Lebenshaltung sichert. Mit der Volksschulbildung und der wissenschaftlichen und technischen Weiterbildung geht Hand in Hand die physische Erziehung im Sinne eines militärischen

Vorunterrichts. Neben der reinen Körperertüchtigung nehmen Unterricht an den Waffen, im Meldewesen, im Uebermittlungsdienst und im Krankenpflagedienst einen weiten Raum ein. Allem Anschein nach schenkt man der Ernährung grosse Aufmerksamkeit. Die russische Jugend sieht im allgemeinen gut ernährt und gesund aus; dies trifft mindestens auf so lange zu, als sich die Kinder in staatlicher Obhut in den Kleinkinderbewahranstalten und in Kinderheimen befinden. Auch die Studenten und Studentinnen machen einen sehr guten Eindruck. Weniger Begabte, die des Vorzugs der höhern Ausbildung nicht teilhaftig werden und sich auch zur Ausbildung in den technischen Lehrwerkstätten nicht eignen, werden frühzeitig in den Arbeitsbetrieb eingeschaltet. Sie sind die typischen Vertreter eines auch im bolschewistischen Staates sich neu bildenden Proletariats.

g) Militärwesen.

Militärische Organisationsfragen sind in Russland nicht nur während Kriegszeiten ein Staatsgeheimnis. Darüber darf nicht gesprochen werden. Deshalb ist es sozusagen ein Ding der Unmöglichkeit, irgendwelche Angaben über mobilisierte Bestände, Umfang der Armee und ihre Bewaffnung, Aufstellung und dergleichen zu erhalten. Jeder Zutritt zu Truppenausbildungsstätten ist dem Fremden verwehrt. Die einzigen Veranstaltungen, an denen die Truppe und die Waffen gezeigt werden, sind die offiziellen Paraden (1. Mai - Tag der Luftwaffe - Tag der Panzerwaffe - Revolutionsfeier am 7. November). In der Presse erscheinen Artikel militärischen Inhalts fast ausschliesslich in den Fachorganen der Armee, die Tagespresse bringt wenig militärische Nachrichten. Diese berufliche Abschliessung verurteilt die militärischen Mitarbeiter der fremden Vertretungen zu einem unfruchtbaren Dasein. Es ist deshalb gegenwärtig festzustellen, dass sozusagen überall an einen Abbau des militärischen Mitarbeiterstabes gedacht wird. So verfügte z.B. Dänemark bis jetzt

über 4 Militärattachés, die nun alle zurückgezogen werden sollen.

Die Tätigkeit der Militärattachés wird zusehends von der Polizei schärfer überwacht. Die Spionagefurcht wächst. Der englische Militärattaché General Hilton war vor kurzer Zeit das Ziel von Presseangriffen in der "Prawda" eines an sich belanglosen Vorkommnisses wegen, und er musste bei einem Spaziergange in der Umgebung von Moskau zum Schutze gegen Tötlichkeiten unter polizeilichen Schutz genommen werden.

Alles deutet auf eine zunehmende Nervosität hin. Sie ist die Folge der unerfreulichen politischen Ereignisse der letzten Monate. Von irgendwelchen besondern militärischen Vorbereitungen ist von hier aus nichts festzustellen. Es ist allerdings zu bemerken, dass mir von hier aus jeder Einblick in die Massnahmen bei der Armee und damit auch die Möglichkeit einer Beurteilung der Lage fehlt.

Mehr gefühlsmässig, mehr in Beurteilung der politischen Verhältnisse wie sie von hier aus möglich ist, denn gestützt auf feststehende Tatsachen gewinne ich die Ueberzeugung, dass sich die Sowjetunion auf eine kriegerische Auseinandersetzung grösseren Ausmasses als notwendige Folge ihrer Aussenpolitik in rascherem Tempo als noch vor einem Jahr vorbereitet. Darauf deuten hin gelegentliche Aeusserungen leitender Persönlichkeiten in politischen Propagandareden, das Bestreben um die Beschaffung kriegstechnischer Waren anlässlich der Handelsvertragsverhandlungen, die offensichtliche überdimensionierte Anhäufung von Getreidereserven, der Ausbau der Kriegsindustrie unter Hintansetzung der dringenden Bedürfnisse der Landwirtschaft und des privaten Lebens etc. Inwieweit die Herstellung von Atombomben zur wirksamen Verwendung als Kampfwaffe gediehen ist, entzieht sich der Kenntnis des Aussenstehenden. Aufsehenerregend, aber im Grunde wenig aufschlussreich, waren die Erklärungen des Aussenministers Molotow anlässlich seiner

grossen Rede an der Revolutionsfeier am 7. November 1947, dass die Fabrikation der Atombombe kein Geheimnis mehr sei. Sicher ist, dass Russland alles daran setzt, das Problem in kurzer Zeit zu lösen und sich in den Besitz dieses Kampfmittels zu setzen; dass dies heute schon der Fall sei, hat Molotow nicht behauptet.

Immer stellt sich im Zusammenhang mit der russischen Aussenpolitik und der militärischen Rüstung der Sowjetunion die Frage: Ist eine kriegerische Auseinandersetzung zwischen Russland einerseits und den Westmächten andererseits in nächster Zeit zu erwarten?

Von Moskau aus gesehen beurteile ich die Lage folgendermassen:

Die Verhältnisse in Westeuropa dürften für Russland keinen Kriegsgrund bedeuten. Wohl haben die unbefriedigenden Ergebnisse der Konferenzen von Moskau und London die feindselige Einstellung der U.d.S.S.R. gegen Amerika - England - Frankreich verschärft. Aber die nun wohl unvermeidbar gewordene Teilung Deutschlands, gegen die sich die Russen bekanntlich mit allen Mitteln wehren, dürfte für sie kein Kriegsgrund sein. Russland zieht heute einen wesentlichen wirtschaftlichen Nutzen aus dem von ihm besetzten Gebiete Europas; sein politisches Interesse ist eng verbunden mit der Fortdauer des Chaos, so dass es an einer raschen Umgestaltung nicht mitarbeitet. Die KPD in Deutschland, Frankreich und Italien sind Vorposten seiner Aussenpolitik; unter ihrem Schutze arbeiten die 5. Kolonnen. Russland erhofft sicher in der Folgezeit eine Durchdringung der genannten Länder mit der Idee der Weltrevolution unter seiner Führung. Die heutigen russischen Machthaber glauben, trotz des erlittenen Rückschlages in Frankreich, an den Erfolg der kommunistischen Parteien in den betreffenden Ländern ohne die Notwendigkeit, mit eigenen Mitteln eingreifen zu müssen.

Die grössere Gefährdung einer künftigen friedlichen Entwicklung liegt heute allem Anschein nach im nahen Orient, wo es vor allem um die grossen Oelvorkommen geht.

Der jüdisch-arabische Konflikt, der nach der Meinung hiesiger arabischer Vertreter im Laufe des Frühjahrs zu blutigen Feindseligkeiten führen müsse, ist ein günstiger Umstand, damit die in Iran, Irak, Syrien, Liban und Jordanien interessierten Amerikaner, Engländer und Russen ihren Stimmungsbezug mimikrieren können. Die Auseinandersetzungen in Griechenland, wo Russland durch seinen Satelliten Jugoslawien handelt, stehen mit der Situation im Orient in engem Zusammenhang. Die Verhältnisse zwischen der Türkei und Russland haben sich beruhigt, aber nicht gebessert.

Wäre nicht der grosse Krieg erst vor kurzer Zeit mit einer ungeheuren Schwächung aller Beteiligten zu Ende gegangen, so müsste man mit einem baldigen Ausbruch von Feindseligkeiten grossen Ausmasses rechnen. Beim heutigen Stande der Wirtschaft, der Rüstung, der Reserven und nicht zuletzt der Bereitschaft in psychologischer Beziehung erscheint der Krieg im gegenwärtigen Momente als Mittel der russischen Aussenpolitik eher als unwahrscheinlich. Selbstverständlich ergänzt die Sowjetunion fieberhaft ihre Rüstung, die ja im abgelaufenen Kriege weitgehend durch die U.S.A. geliefert wurde; man hat auch den Eindruck, dass sie dieselbe ausbaut und modernisiert. Russland glaubt heute noch, seine aussenpolitischen Ziele ohne einen Krieg zu erreichen. Es befürchtet den Krieg, ohne ihn zu fürchten. Weil es ihn befürchtet, deswegen die grossen Rüstungsaufwendungen. Es fürchtet ihn nicht, weil die ungeheure Weite seines Reiches und dessen Weglosigkeit eine Besetzung und Unterwerfung problematisch gestalten, weil der fatalistische Glaube des heutigen Russen an seine Weltmission, seine Genügsamkeit und seine tiefe Verbundenheit mit der russischen Erde ihn zu einem gefährlichen und kaum zu überwindenden Verteidiger seines Heimatbodens, seiner datscha und seiner unendlichen Steppe machen. Napoleon und die deutsche Invasionsarmee sind nicht in der Hauptsache durch die russische reguläre Armee besiegt worden. Der Partisanenkrieg störte und unterband die Verbindungen und den Nachschub, der russische Winter war der furchtbare

Kampfgenosse der Armeen Kutusows und Stalins, die sich immer gleichbleibende graue Weite ertötete die Hoffnung im Herzen des westeuropäischen Soldaten, er war der kalten Wucht der russischen Steppe seelisch auf die Dauer nicht gewachsen. Dieses Land hält wohl sogar dem Atomkrieg, wie wir ihn uns heute vorstellen können, stand. Es sind wenig erreichbare Ziele, die einen Atombombenbeschuss rechtfertigen würden. Allerdings wäre ihre Vernichtung für das Land äusserst schmerzlich, aber nicht tödlich. Die russischen Reserven an Menschen und Material würden immer wieder im Stande sein, Lücken aufzufüllen.

Deswegen fühlt sich der Russe durch die gegenwärtige Situation beunruhigt, aber nicht in seiner Existenz bedroht. Dagegen dürfte er über genügend realistisches Denken verfügen, um sich vorzustellen, dass wohl momentan seine mobilisierten Kräfte zu grösseren Offensivaktionen genügen, er aber mit einem Dauererfolg gegenüber seinen voraussichtlichen Gegnern nicht rechnen könnte. Der russische Taktiker wird sicher bei Ausarbeitung seiner Pläne das Hinterland und die innenpolitischen Gefahren, die durch militärische Misserfolge verschärft werden könnten, in Rechnung stellen.

h) Verkehrsverhältnisse.

Die Organisation ist immer noch sehr unbefriedigend. Bei den Eisenbahnen fehlt anscheinend das nötige Rollmaterial zufolge der grossen Kriegsschäden. Mit Rücksicht auf die weite Spur ist ausländisches Material nicht ohne zeitraubende Umarbeitung verwendbar. Neues Material ist sichtbar bis heute nicht eingesetzt. Die Eisenbahnanlagen in ihrer Gesamtheit befinden sich auf den Linien, die nach Moskau führen, in einem bedenklichen Zustande der Abnutzung und Verlotterung. Anderswo dürften die Verhältnisse eher schlimmer sein.

Auf den Strassen, auch auf dem Lande, ist das Pferde- und Fuhrwerk sozusagen verschwunden und durch den Motor ersetzt worden. Der Strassenunterhalt ist allgemein schlecht. Einige Ausfallstrassen aus Moskau bis ca. 100 km ausserhalb dem Weichbilde der Stadt sind mit schlecht unterhaltenem Edelbelag versehen; die grossen Chaussees Moskau-Leningrad, Moskau-Smolensk, Moskau-Kiew u.a. sind bei schlechtem Wetter mit Auto kaum fahrbar, die Nebenstrassen überhaupt nicht. Der Verschleiss an Personen- und Transportwagen ist unter diesen Verhältnissen übermässig gross. Die russische Fabrikation hat vorerst wahrscheinlich nicht die Möglichkeit, den notwendigen Ersatz zu schaffen, nicht zu reden von einer Erhöhung der ungenügenden Bestände an Fahrzeugen.

Im Flugdienst sind zum grossen Teil für den Zivilverkehr umgeänderte Militärflugzeuge amerikanischer Provenienz eingesetzt. Der Zivilflugdienst ist mit ziemlich grosser Verkehrsdichte ausgebaut, erleidet aber während des Winters infolge der vielfach ungünstigen Witterungsverhältnisse unverhältnismässig grosse Ausfälle. Der russische Flieger startet nur bei sichern Luftmeldungen. Nach wie vor gestatten die russischen Behörden keinem fremdem Flugzeug die Landung auf einem russischen Flugplatze oder die Ueberfliegung sowjetrussischen Gebietes.

Bei der Fabrikation von Autos und Flugzeugen müssen die Bedürfnisse des zivilen Verkehrs gegen diejenigen der Wehrmacht zurücktreten. Sozusagen das gesamte motorisierte Material ist in Staatsbesitz, nur einige wenige Bevorzugte verfügen über einen privaten Wagen. Flugzeuge Privater existieren meines Wissens nicht.

Die Mängel des Verkehrswesens machen sich im täglichen Leben unliebsam bemerkbar. Die Fahrmöglichkeiten auf den Direktzügen sind Tage zum voraus belegt; Fahrkarten sind nur auf mehrtägige schriftliche Vorausbestellung hin erhältlich.

Auf den Vororts- und Vicinalbahnen sind die Verhältnisse katastrophal. Fahrkarten werden zur Hauptsache im Schwarzhandel erstanden; an den Schaltern sind, mindestens in Moskau, in der Regel keine erhältlich. Zu weiten Reisen bedarf im übrigen der Russe einer Spezialbewilligung, die schwer erhältlich ist. Auf den Bahnhofperrons lagern, auch im kalten Winter, Hunderte von schlecht gekleideten Reisenden auf grossen Bündeln mit irgendwelchem Schwarzhandelsgut, die auf die Möglichkeit zur Benutzung einer der nie fahrplanmässig abfahrenden Vorortszüge passen. Der russische Reisende findet sich mit diesen unmöglichen Verhältnissen ab, weil er scheinbar nie etwas anderes kannte. Die ungenügenden Verkehrsmöglichkeiten verschulden zum grossen Teil die schlechte Lebensmittelzufuhr und deren ^{ebensolche} Verteilung. Bevor hier gründlich Abhilfe von den Mängeln geschaffen wird, ist an eine befriedigende Lebensmittelversorgung einer Grosstadt wie Moskau nicht zu denken. Unter günstigen Verhältnissen wird es lange Jahre brauchen bis diesem Notstande gesteuert werden kann.

i) Finanzhaushalt des Staates und Steuerwesen.

Darüber habe ich im Laufe des Jahres in verschiedenen Studien berichtet.

Am 15. Dezember 1947 hat der Sowjetstaat eine Währungsreform durchgeführt. Die Begründung dieser schwerwiegenden Massnahme und insbesondere deren Auswirkungen sind heute noch nur zum Teil bekannt und erkennbar. Die ersten Eindrücke habe ich bereits gemeldet. Es bleibt einer spätern gründlichen Untersuchung vorbehalten, die Schlussfolgerungen festzulegen.

Vorerst lassen sich folgende Feststellungen machen, die aber mit Rücksicht auf die kurze Zeit, auf die sich die Beobachtungen erstrecken, nicht Anspruch auf absolute Gültigkeit machen können.

x) Die Bekleidhilfe.

Auf der Internierungszeit her suchen einige Schweizer Frauen die Väter ihres unehelichen Kindes, Russen, die in

Die Regierung beabsichtigte die Stabilisierung der Preise; sie hat auch den Verkaufspreis einzelner Artikel des täglichen Bedarfes, wie Brot und Grütze, leicht gesenkt. Heute konstatiert man bereits eine allgemeine merkliche Preiserhöhung; da die Magazine nicht im Stande sind, den Bedarf zu decken, so entwickelt sich der schwarze Markt und mit ihm eine Hausse der Preise. Die Schlangen vor den Lebensmittelgeschäften werden immer länger.

Durch die Aufhebung der Rationierung entfiel für den Käufer die Pflicht, sich in einem manchmal mehrere Kilometer weit entfernten Geschäfte, dem er zugewiesen war, einzudecken. Er kann nun kaufen, wo es ihm beliebt. Er konnte zu Beginn der Neuordnung für seinen nicht erhöhten Lohn mit Rücksicht auf den Preisabschlag etwas mehr einkaufen als früher.

Wie zu erwarten war, ist bereits wieder eine Verschlechterung der Lage eingetreten. Die Versorgung vermag den vermehrten Bedarf nicht zu decken. Dies reizt zu spekulativen Einkäufen zwecks Belieferung des schwarzen Marktes und gestattet erkleckliche Zwischengewinne. Die Schlangen der Käufer vor den Lebensmittelgeschäften werden täglich länger, ebenso die Gesichter derjenigen, die nach stundenlangem Warten sich ihre Waren, wie ehemals, auf dem schwarzen Markt beschaffen müssen. Wenn nicht alles trügt, stehen wir vor einer allgemeinen neuen Teuerungswelle, die umso empfindlicher wirkt, als die Löhne keine Erhöhung erfuhren. Die Preisgestaltung wird auch in diesem Lande absoluter staatlicher Lenkung solange den Gesetzen von Angebot und Nachfrage folgen, als es den Behörden nicht gelingt, der Kaufkraft des Geldes eine genügende Warenmenge zur Verfügung zu stellen.

Es wird interessant sein, nach Sammlung der notwendigen Erfahrungen die Währungsmanipulation in ihrer Gesamtheit kritisch zu betrachten.

k) Die Rechtshilfe.

Aus der Internierungszeit her suchen einige Schweizerfrauen die Väter ihres unehelichen Kindes, Russen, die in

der Schweiz interniert waren und im Zuge der allgemeinen Repatriierung im Herbst 1945 wieder nach der Sowjetunion übersiedelten. Die Dienste der Gesandtschaft wurden verlangt, um mit dem Vater des unehelichen Kindes zwecks Anerkennung der Vaterschaft und der Unterstützungspflicht in Verbindung zu treten; teils wurden uns Gerichtsurkunden zur amtlichen Uebermittlung, teils auch Vorladungen zu Gerichtssitzungen zur Weiterleitung auf amtlichem Wege zugestellt.

Ein Weg zur amtlichen Zustellung fremder Gerichtsakten scheint in Russland heute noch nicht zu bestehen. Auch die Beschaffung von Urkunden, wie Geburts- und Todesbescheinigungen, ist mit den grössten Schwierigkeiten verbunden. Man erhält den Eindruck, dass die Organisation der Einwohnerkontrolle und des Rechtswesens vielerorts überhaupt noch fehlt. Was die Feststellung der Paternität betrifft, so ist festzustellen, dass die Sowjetunion das aussereheliche Kindesverhältnis überhaupt nicht kennt und schon aus Reciprozitätsgründen eine Rechtshilfe verweigern würde. Es ist begreiflich, dass die Kindmutter aus ideellen Gründen die Vaterschaft festgestellt haben möchte. Auf irgendwelche Unterstützungen wird sie in jedem Falle verzichten müssen. Der Russe hat heute, Ausnahmen abgerechnet, ein Einkommen, das kaum seine täglichen Bedürfnisse deckt; zudem ist eine Transferierung von Rubeln ins Ausland unmöglich und Devisen kann er sich im Lande nicht beschaffen. Abgesehen von diesen Schwierigkeiten ist auch mit dem Zahlungswillen, trotz angeblichen anderslautenden Versprechungen, nicht zu rechnen. In allen Fällen, in denen wir versuchten, mit den unter genauer Adressangabe genannten präsumptiven Erzeugern der Kinder auf privatem Wege in Verbindung zu treten, ist eine Antwort ausgeblieben.

Viele unserer Landsleute haben im Laufe des Krieges vor allem in ihren Wohnstätten in Ostpreussen Schäden an Leib und Leben und an Vermögen erlitten; in den meisten

Fällen waren die Schädiger ohne allen Zweifel Glieder der einmarschierenden russischen Wehrmacht. Wir versuchen vor allem den Tatbestand festzustellen, um später Wiedergutmachung des erlittenen Schadens verlangen zu können. Wir begegnen dabei den allergrössten Schwierigkeiten und dem ausgesprochenen Widerstand der russischen Behörden auf Aufklärung der Vorkommnisse. Es muss korrekterweise zugestanden werden, dass es heute schwer ist, Handlungen festzustellen, die seinerzeit von Angehörigen der Armee in den Kampfgebieten begangen wurden; besonders schwierig dürfte die Feststellung der Person der Fehlbaren sein. Aber auch in Fällen, wo das vorhandene Beweismaterial aller Wahrscheinlichkeit nach eine nachträgliche Untersuchung ermöglichen würde, erhalten wir auf unsere Noten die stereotype Antwort, dass die zuständigen Behörden nicht in der Lage seien, irgendwelche Angaben zu machen. Wir müssen uns fürs erste darauf beschränken, die Fälle zu melden und sie mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln soweit als möglich abzuklären. Ueber die Frage der Wiedergutmachung wird man später in prinzipieller Beziehung Klarheit schaffen müssen. Nach meinen bisherigen Erfahrungen erwarte ich eine Bestreitung jeder Haftpflicht durch den Sowjetstaat für Schäden, die Schweizer in den Kriegsgebieten während der Kampfhandlungen erlitten haben. Die Frage der Wiedereinsetzung in den Besitz zurückgelassenen Eigentums in Ostpreussen, die seinerzeit in die Schweiz geflüchtete Landsleute stellen, konnte trotz vielfachen Bemühungen nicht abgeklärt werden. Zu Beginn hat man mir auf meine Eingaben ausweichend geantwortet. Als ich die Fragen wiederholte und konkret so stellte, dass ein Ausweichen nicht mehr möglich war, erhielt ich überhaupt keine Antwort mehr. Ich muss annehmen, dass auch bei den russischen Behörden darüber heute noch keine Verfügungen getroffen worden sind.

gewachsenen Federn der führenden Männer unseres Gastlandes weitgehend zu zerstreuen versucht. Ich durfte wiederholt bei sich bietenden Gelegenheiten dem russischen Auswärtigen

und seinen Mitarbeitern die klare Linie unserer Aussenpolitik, Rückblick und Ausblick.

Ich habe im Frühjahr 1946 meine Tätigkeit als Schweizerischer Gesandter bei der U.d.S.S.R. begonnen in Fortsetzung der Mission, die mir der Schweizerische Bundesrat im Sommer 1945 als Chef der Schweizerischen Militärmission zur Behandlung der Fragen der Verhältnisse der russischen Internierten in der Schweiz und deren Rückschaffung nach Sowjetrussland anvertraut hatte. Die Erfahrungen, die ich während der fünf Monate bis Neujahr 1945 dauernden Verhandlungen sammeln konnte, erwiesen sich als eine wertvolle Grundlage für meine neue Tätigkeit. Vor allem musste es sich darum handeln, die während nahezu eines Vierteljahrhunderts unterbrochen gewesenen diplomatischen Beziehungen neu aufzunehmen, auszubauen und zu festigen. Dazu schien mir vor allem notwendig zu sein, unter Ablehnung aller Kundgebungen einer in gewissen Kreisen sich äussernden überströmenden Freude, die recht oft einer unwürdigen Hörigkeit sich näherte, aber auch einer voreingenommenen sturen Ablehnung, den Weg der ruhigen, bescheiden-stolzen Vertretung der Interessen und Anschauungen unseres Landes zu gehen. Die weltanschaulichen Gegensätze der Regierungen der Schweiz und Russlands verlangten eine überaus vorsichtige und zielsichere Konzeption und entsprechende Dispositionen.

Die sich in der Zeit meiner Tätigkeit in Moskau sich stetig verschlimmernden Beziehungen unter den Grossmächten hatten naturgemäss ihre Reflexwirkungen auch auf unser Land, das seiner Struktur entsprechend als kapitalistischer Staat immer im Spektrum einer argwöhnischen Beobachtung lag. Die ruhige, unbedingte und klare Neutralitätspolitik meiner Regierung hat die offensichtlich anfänglich noch vorhanden gewesenen Bedenken der führenden Männer unseres Gastlandes weitgehend zu zerstreuen vermocht. Ich durfte wiederholt bei sich bietenden Gelegenheiten dem russischen Aussenminister

und seinen Mitarbeitern die klare Linie unserer Aussenpolitik, derjenigen eines unbedingt neutralen Landes, auseinandersetzen. In dieser Tätigkeit war mir das Vertrauen des hohen Bundesrates und des Herrn Chef des Eidgenössischen Politischen Departementes, dessen ich mich uneingeschränkt erfreuen durfte, die grosse Stütze. Die zu behandelnden politischen und wirtschaftlichen Fragen hingen weitgehend mit den Auseinandersetzungen der Nachkriegszeit unter den Siegermächten zusammen. Wenn der Erfolg meiner Interventionen nicht immer dem Aufwand an Arbeit und der Standfestigkeit unserer Argumente entsprach, so liegt der Grund nicht in einer unfreundlichen Haltung uns gegenüber, sondern vielmehr im vorläufig noch unentwirrbaren Knäuel der Interessengegensätze der Grossmächte. Unsere Wünsche sind vielfach Nebenpunkte eines grossen Fragenkomplexes, der der definitiven Entscheidung harrt und den Partner Russland veranlasst, die Beantwortung der Nebenfragen bis zur Erledigung der Hauptfrage hinauszuschieben. In andern Fragen allerdings, wie z.B. beim Begehren um Wiedergutmachung vorrevolutionärer Kriegsschäden, lautet die Antwort vorläufig unmissverständlich ablehnend.

~~nach Verfall~~ Ein weiterer Programmpunkt, die Untermauerung künftigerer regerer Handelsbeziehungen zwischen der Schweiz und Sowjetrussland mit einem Handelsvertrag, wurde absichtlich zu Beginn meiner Tätigkeit nicht besonders gefördert. Es entsprach diese Taktik dem sich aus den Kreisen der schweizerischen Industrie äussernden Wunsche um Zurückhaltung infolge Lieferunmöglichkeit wegen der herrschenden Hochkonjunktur; im übrigen hat das Eidgenössische Wirtschaftsdepartement mir diesen Wunsch als Wegleitung in konkreter Form übermittelt. Heute befindet sich nunmehr eine schweizerische Delegation unter Führung des Herrn Legationsrat Dr. Tröndle zur Führung von Handelsvertragsverhandlungen in Moskau. Vom politischen Gesichtspunkte

aus scheint der Moment zur Anbahnung engerer Handelsbeziehungen glücklich gewählt zu sein. Ein erfolgreicher Verlauf der Verhandlungen ist im Interesse einer Basiserweiterung unseres Aussenhandels sehr zu wünschen.

Ich habe in Moskau keine Schweizerkolonie zu betreuen, die ich am 1. August zur Feier der Gründung ihres Heimatstaates zusammenberufen könnte. Wohl sind noch einige Landsleute in Russland ansässig; sie wohnen aber zum Teil Hunderte, ja Tausende von Kilometern von der russischen Hauptstadt entfernt. Fast alle wünschen möglichst rasch wieder in ihre angestammte Heimat zurückzukehren. Wir lassen ihnen jede mögliche Hilfe angedeihen. Sie haben dieselbe dringend nötig, leben sie doch fast ausnahmslos unter den ärmlichsten Verhältnissen. Die Installierung der Schweizerischen Gesandtschaft in Moskau ist für diese Leute der letzte Hoffnungsanker. Ihre Dankbarkeit für unsere Fürsorge ist rührend. Nachdem unsere Bemühungen für ihre Heimschaffung während längerer Zeit fruchtlos waren, scheint sich nunmehr eine gewisse Lockerung abzuzeichnen. Einzelne Heimschaffungen sind bereits geglückt, andere sind uns zugesichert. Wenig befriedigt vorläufig das Resultat der Nachforschungen nach Vermissten und Deportierten aus der Kriegszone. Es ist leider damit zu rechnen, dass recht viele unserer Landsleute, die sich nicht rechtzeitig in Sicherheit bringen konnten und in ihren Heimstätten von den Kriegereignissen überrascht wurden, nicht mehr aufgefunden werden können. Bei der Mangelhaftigkeit der russischen Kontrollführung wird in den meisten Fällen nicht einmal festzustellen sein, ob sie gestorben sind oder in irgend einem östlichen Arbeitslager als vermeintliche Reichsdeutsche leben. Es bleibt nur die Hoffnung, dass die Ueberlebenden von sich aus mit der Zeit den Postweg zur Gesandtschaft finden, die alles tun wird, was in ihrem Interesse vorgekehrt werden kann.

die nächsten Monate Klarheit schaffen. Aber auch das sind nur Vermutungen. Sicher ist nur die zunehmende Unsicherheit.

Ich hatte gehofft, meinem Nachfolger bei meinem Weggange ein würdig eingerichtetes Heim übergeben zu können. Leider ist dies nicht möglich. Auch der Schweizerischen Gesandtschaft blieb die hier übliche Karenzzeit, während welcher die neu ankommenden fremden Vertretungen unter wenig erfreulichen Bedingungen im Hotel leben müssen, nicht erspart. Nunmehr hat man uns ein Gesandtschaftsgebäude in Miete offeriert; die bezüglichen Verhandlungen sind im Gange, bedingen aber vor allem verschiedene Abklärungen mit der heimatlichen Verwaltungsbehörde. Der Mietpreis ist derart hoch und die mit dem Betriebe des Hauses notwendigerweise verbundenen Auslagen so bedeutend, dass ich Hemmungen habe, dem neuen Budget zuzustimmen. Die jedes Vergleichsmass jetzt schon weit übersteigenden Kosten des Lebenshaltes würden nochmals wachsen und die Rechnung dürfte kaum die Zustimmung unserer Finanzbehörden finden. Jedenfalls möchte ich durch eine möglichst genaue Festlegung der Verhältnisse und die vorherige Genehmigung des Voranschlages meinem Nachfolger unfruchtbare und aufregende Diskussionen post festum nach Möglichkeit ersparen.

Welches sind die Zukunftsaussichten?

Vor allem müssen wir feststellen: Russland befindet sich heute noch im Kriege! Wohl sind die Feindseligkeiten eingestellt, aber was man als Frieden ansprechen könnte, das wäre zum mindesten der Abschluss von Friedensverträgen mit den Feindstaaten und eine Einigung mit den frühern Kampfgenossen über die Kriegsbeute. Von beidem ist die U.d.S.S.R. noch weit entfernt!

Es ist müssig festzustellen, dass der politische Horizont sturmverhängt ist, vermessen wäre es, die künftige Entwicklung voraussagen zu wollen. Hier hat man den Eindruck, dass sich das momentane politische Interesse Russlands von Europa nach dem nahen Orient verlagert hat. Darüber werden die nächsten Monate Klarheit schaffen. Aber auch das sind nur Vermutungen. Sicher ist nur die zunehmende Unsicherheit.

Wohin der Ball endgültig rollt? Darüber sind sich wahrscheinlich sogar die Beteiligten im Unklaren. Vielleicht hat Tolstoi in "Krieg und Frieden" recht, wenn er sagt, dass die geschichtlichen Ereignisse einer alles überflutenden Welle zu vergleichen seien, die ihren eigenen Gesetzen folgen und dass die sogenannten Führer nur Geführte seien, die von der Bewegung getragen würden. Und Tolstoi kannte die russische Seele! Nicht vergessen dürfen wir aber, dass der panslawische und allrussische Machtgedanke, der in den Jahrhunderten nicht geändert hat, heute durch den Leninismus und seine Idee der Weltrevolution erweitert wurde. Die Durchführung der die russische Politik beherrschenden Idee ist eine Frage der möglichen Macht- und Kraftentfaltung. Der Entscheid liegt weitgehend bei der Entschlossenheit und bei der Einsatzbereitschaft des Gegenspielers. Unter den Auspizien dieser wenig vertrauenerweckenden Situation steht der Ausbau unserer künftigen Beziehungen zu Sowjetrussland.

In jeder Beziehung wird heute die Autarkie verkündet. Der slawische Ring schliesst sich täglich enger. Der Verkehr der Wissenschaftler mit dem Auslande wird offiziell als Landesverrat gebrandmarkt, Beziehungen mit im Lande lebenden Fremden werden verboten, das Land lebt in zunehmender Spionagefurcht. Dass unter diesen Umständen von einem Ausbau der kulturellen Beziehungen, so dringend der Wunsch auf Schweizerseite immer wieder geäußert wird, nicht die Rede sein kann, ist klar. Mindestens muss eine Karenzzeit ruhiger Beobachtung eingeschaltet werden.

Unter andern Gesetzen steht der Handel. Am Tage, da die schlimmste Pressekampagne gegen England im Gange war, wurde der englisch-russische Handelsvertrag, der bedeutende gegenseitige Lieferungen vorsieht, unterzeichnet. Auch für uns dürfte die Möglichkeit eines befriedigenden Ausbaus der anlaufenden Handelsbeziehungen bestehen, trennen uns doch heute keine politischen Fragen von Bedeutung von der U.d.S.S.R.

Wenn auch die Aufgabe schwer ist und Rückschläge nicht ausbleiben werden, so dürfte es doch heute für uns nur eine Zukunftskonzeption geben:

Durchhalten, die aufgenommenen Beziehungen schrittweise ausbauen, nicht vom morgigen Tage verlangen, was erst die ferne Zukunft an Erfolg bringen kann.

Dazu braucht es starkes, frohes Vertrauen, trotz allem! Der Pessimist findet hier keine Gnade!

Wer heute nach Russland geschickt wird, um eine Aufgabe zu lösen, der muss dies mit viel Herz tun. Er muss sich hineinleben in slawisches Denken, in das Fühlen der Unterdrückten und Armen, in die bis jetzt unerfüllten Hoffnungen der auf die Segnungen der Revolution hoffenden Massen, dann erst versteht er den harten Blick und die festgeschlossenen Lippen der Arbeiterfrau, die für ihre Brotzuteilung Schlange steht, dann erst gewinnt er das richtige Augenmass für die komplizierten Verhältnisse, mit denen sich die russische Staatsleitung auseinandersetzen muss.

Er muss sich mit der russischen Geschichte in allen Einzelheiten von ihrer Frühzeit an vertraut machen, sonst wird er die allrussischen Probleme, um die sich die Politik der Zaren drehte und die heute die Bolschewisten beschäftigen, nicht verstehen können.

Und er muss sich mit unendlicher Geduld wappnen. Je grösser die Widerstände aller Art, umso unnachgiebiger und härter der Wille, sich durchzusetzen, ohne je die Beherrschung seiner Nerven zu verlieren.

Es mögen dies alles Erfordernisse sein, die auch anderswo zum Rüstzeug des Diplomaten gehören; in Russland sind sie in besonderem Ausmasse erforderlich.

Der vorliegende Bericht dürfte der letzte grösseren Umfanges sein, den ich als Postenchef dieser Gesandtschaft

- 46 -

erstatte. Er ist voraussichtlich auch der letzte, der aus meiner Tätigkeit im Dienste des Politischen Departementes stammt. Ein kurzes persönliches Schlusswort sei mir deshalb gestattet.

Die Aufgabe, die Schweizerische Gesandtschaft in Moskau nach einem längern Unterbruch der diplomatischen Beziehungen neu aufzubauen, war reizvoll. Sie verlangte und verlangt auch in Zukunft viel persönlichen Einsatz des Postenchefs und seiner Mitarbeiter. Die Tätigkeit der Gesandtschaft muss vor allem als Pionierarbeit auf lange Sicht in jedem Zweige der gegenseitigen Beziehungen gewertet werden. Bei der heutigen weltpolitischen Lage, grosse momentane Erfolge zu verlangen, wie dies ein Teil der Schweizerpresse tut, heisst die Lage verkennen oder sie einseitig beurteilen; aus dem Umstande, dass die Handelsbeziehungen noch nicht auf hohen Touren laufen, die Wertlosigkeit der offiziellen Beziehungen mit der U.d.S.S.R. zu begründen, wie andere dies tun, ist ebenso abwegig. Ich glaube, mir in diesem Zusammenhange die Ueberlegungen aussen- und innenpolitischer Natur ersparen zu können, die die Pflege und Vertiefung der Beziehungen zu Russland zu einer gebieterischen Pflicht machen. Dass dies mindestens vorläufig nicht ohne wesentliche persönliche Opfer des Personals der Gesandtschaft und auch nicht ohne grosse finanzielle Leistungen des Bundes möglich ist, steht fest. Es wird die Arbeit der Gesandtschaft wesentlich erleichtern, wenn sie bei der vorgesetzten Behörde in der Schweiz auf ein vertrauensvolles Verständnis für ihre aussergewöhnliche Lage rechnen kann.

Moskau, den 26. Januar 1948.

84
Huninger